



Allianz gegen Straßenausbaubeitrag

Sprecher:

Rosmarie Brosig - Jürgen Jordan - Prof. Dr. Rainer Kalwait – Jürgen Müller

Pressemitteilung

Straßen saniert – Bürger ruiniert!

Bayern ohne Strabs

Das parteiunabhängige Netzwerk "Allianz gegen Straßenausbaubeitrag mit seinen mittlerweile 120 vernetzten Bürgerinitiativen aus ganz ganz Bayern fordert die Abschaffung der ungerechten, unsozialen und Existenz bedrohenden, oft auch Existenz vernichtenden Straßenausbaubeitragsatzungen (STRABS)

Wie der Sprecher des Netzwerkes Jürgen Jordan berichtet, sieht man sich dem Ziel ein gutes Stück näher. "Der Vorstoß der FREIEN WÄHLER zur Abschaffung der STRABS wird von unseren Bürgerinitiativen unterstützt. Viele Betroffene schreiben uns, dass ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl 2018 von der Entscheidung des Landtages zur Gesetzesvorlage der FW abhängt", so der Sprecher. Auch ein Volksbegehren der FW würde man unterstützen. Die 120 Bürgerinitiativen werden zur Teilnahme an der Demonstration am 16. Dezember 2017 aus Anlaß des Landesparteitages der CSU in Nürnberg aufgerufen.

Kommunen sind "Eigentümer" der Straßen. Und Eigentum verpflichtet.

Kommunale Straßen gehören zur Daseinsvorsorge und sind nach einer Ersterschließung, die der Eigentümer schon gezahlt hat, auch von den Kommunen zu finanzieren. Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Land Bayern über den Druck auf die Kommunen die Bürger und Bürgerinnen zur Kasse bittet. Auch die Mieter werden das durch höhere Mieten zu spüren bekommen.

So wie Baden Württemberg ist Bayern aufgrund der immer wieder seitens der Staatsregierung herausgestellten Finanzentwicklung in der Lage, z.B. durch eine zweckgebundene Verwendung des Kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von z.B. 1,5% auf dieses Abkassieren der Bürger zu verzichten. In den letzten Jahren haben die bayerischen Kommunen im Schnitt pro Jahr € 60 Mio eingenommen. Das entspricht einem Promill des Bayerischen Haushalts. Selbst wenn die Kommunen künftig deutlich mehr Einnahmen planen, wären auch 3‰ problemlos darstellbar. Deshalb sollten die Kommunen für den Erhalt und die Sanierung der Straßen mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Verzicht auf die STRABS, würde Ungerechtigkeitsempfinden und Politikverdrossenheit entgegen. Die kommunalen Verwaltungen beschäftigen tausende Arbeitskräfte für Erstellung der Beitragsbescheide und Behandlung von Widersprüchen und Klagen. "Man kann von einer WIN-WIN Situation sprechen", meint Jürgen Jordan. Er verweist auch auf die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, beim Bundesverwaltungsgericht und auf die Popularklage in Bayern.

In der Bayerischen Verfassung steht im Artikel 3 "...der Staat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land".

Dieser Verpflichtung kommt die Staatsregierung im Falle der STRABS bisher nicht nach, weil in jeder Gemeinde anders entschieden wird.

Jordan fordert deshalb im Namen der 120 Bürgerinitiativen mit Nachdruck den sozialen Frieden nicht zu gefährden und die STRABS abzuschaffen.

Nürnberg, 30.11.2017

Rosmarie Brosig
Jürgen Jordan
Prof. Dr. R. Kalwait
Jürgen Müller

Am Waldhang 5
Börnestrasse 2
Breiter Rain 15
Rickenbacherstr. 104

82205 Gilching
90475 Nürnberg
96479 Weitramsdorf
88131 Lindau

Tel. 08105-22315
Tel.: 0911/8325540
Tel.: 09561/33644
Tel.: 08382/97170

RosmarieBrosig@gmx.de;
bi.alfi.nuernberg@arcor.de;
rainer@kalwait.com;
juergen.mueller.lindau@web.de